

Regionale
Nachrichten

- Reutlingen
- Pfullingen,
Eningen,
Lichtenstein
- Neckar und
Erms
- Über die Alb
- Kreis und Stadt
Tübingen

Politik

- Sport
- Kultur
- Wirtschaft
- Weltnachrichten

▸ Nachrichten-
Archiv*Politik / 07.02.2001*

Keine Belege für Krebsrisiko

Experten zweifeln an Gefährlichkeit von Radargeräten

Berlin. (dpa) Experten haben am Dienstag einen Zusammenhang von alten Bundeswehr-Radargeräten und Krebs-Erkrankungen als nicht erwiesen bezeichnet. Eine in Kürze veröffentlichte Untersuchung der Universität Witten-Herdecke könne nichts über einen möglichen Zusammenhang aussagen, sagte Jörg Reißerweber, wissenschaftlicher Assistent beim Untersuchungsleiter Professor Eduard David.

Das Zentrum für Elektropathologie der Uni Witten-Herdecke hatte von der Bundeswehr 99 Krankenakten von Radartechnikern erhalten. 69 dieser Patienten hätten verschiedene Krebse entwickelt, insgesamt, 24 seien bis heute verstorben.

»Wir haben die Studie noch nicht veröffentlicht, weil wir die wichtigste Zahl für die Berechnung des Risikos noch nicht haben: Die Gesamtzahl der betroffenen Bundeswehrsoldaten«, sagte Reißerweber. Laut Krebsstatistik des Robert-Koch-Instituts (RKI) Berlin ist unter 100 000 Menschen im Alter zwischen 20 und 45 Jahren pro Jahr mit 100 Krebs-Todesfällen zu rechnen. Reißerweber schätzt die Zahl betroffener Bundeswehrangehörigen »ganz grob auf 20000 bis 40 000«. Demnach wären in den 25 Jahren seit Mitte der 70er Jahre unter 20000 Soldaten bis zu 500 Krebstote zu erwarten gewesen.

Das Bundesverteidigungsministerium hat nach einem Bericht des Berliner »Tagesspiegel« jedoch Versäumnisse Mitte der 70er Jahre beim Umgang mit röntgenstrahlenden Radaranlagen zugegeben. »Damals gab es noch keine Strahlenschutzverordnung«, sagte Gabriele Vlcek, Sprecherin des Bundesamtes für Strahlenschutz, »es hat keiner mit einer Gesundheitsgefährdung gerechnet.« Die Wirkung von Radarstrahlen sei vor allem eine Erwärmung und nicht eine Veränderung des Zell-Gewebes.

Ein Zusammenhang von elektromagnetischen Radar-Feldern und Krebserkrankungen sei international noch nie belegt worden, betonte Vlcek. Die Sprecherin räumte allerdings ein, dass bei der Verstärkung von Radarstrahlen mit Röntgenstrahlung gearbeitet werde, die in sehr hohen Dosen langfristig Leukämie und anderen Krebs auslösen könne.

Der »Tagesspiegel« zitiert einen Sprecher von Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) mit den Worten, es werde nun geklärt, »wo diese Versäumnisse lagen und wie den betroffenen früheren Soldaten und zivilen Angestellten geholfen« werden könne.

 [weitere Artikel](#) aus dem Ressort Politik

Reutlinger
General-
Anzeiger

72764 Reutlingen
Burgstr. 1-7
Telefon 07121-
302.0 Fax .677
E-Mail

gea@gea.de

[Seitenanfang](#)

[Home](#) [Nachrichten](#) [Magazine](#) [Markt](#) [Service](#) [Internet](#) [Wegweiser](#)

